Stadt Guben

- Der Bürgermeister -

Guben, 08.02.2024
Bürgermeister: Fred Mahro
Bereich: Büro SVV

Sitzungsvorlage Nr.

SVV 008/2024

öffentlich

	Termin:	Beratungsergebnis: Stimmen			Bemerkungen:
		dafür	dagegen	enthalten	
Hauptausschuss	26.02.2024				
Stadtverordnetenversammlung	06.03.2024				

Betreff: Anzahl der Stadtverordneten im Hauptausschuss

Hinweise auf frühere Behandlungen:

SVV 055/2019, SVV 078/2023

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

gemäß § 49 Absatz 2 Satz 2 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) die Bildung des Hauptausschusses bestehend aus **9** Stadtverordneten und dem Bürgermeister.

Der Beschluss tritt am Tage nach der Beschlussfassung in Kraft.

Bürgermeister:

Bearbeiter/in:

Finanzielle Auswirkungen:

Aufwandsentschädigung und Sitzungsgeld gemäß Entschädigungssatzung der Stadt Guben in der jeweils geltenden Fassung.

Kämmerer:

Sachdarstellung:

Gemäß § 49 Abs. 1 BbgKVerf ist in amtsfreien Gemeinden ein Hauptausschuss zu bilden. Damit ist für die Stadt Gauben die Bildung des Hauptausschusses zwingend.

Nach § 49 Abs. 2 BbgKVerf besteht der Hauptausschuss aus Stadtverordneten und dem Bürgermeister als stimmberechtigtem Mitglied. Die Gemeindevertretung legt in ihrer ersten Sitzung die Anzahl der Gemeindevertreter, die Mitglied im Hauptausschuss sind, fest und bestellt die Mitglieder nach § 41 BbgKVerf aus ihrer Mitte für die Dauer der Wahlperiode. Die Mitglieder des Hauptausschusses wählen aus ihrer Mitte die*den Vorsitzende*n, sofern nicht die Gemeindevertretung in ihrer ersten Sitzung beschließt, dass der Bürgermeister den Vorsitz des Hauptausschusses führt, was mit Beschluss SVV 057/2019 erfolgte.

§ 41 BbgKVerf:

Hat die Gemeindevertretung mehrere Mitglieder eines Gremiums zu bestellen oder vorzuschlagen, werden die Mitglieder und ihre Stellvertreter nach dieser Vorschrift gewählt, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist oder die Gemeindevertretung einstimmig ein anderes Verfahren beschließt.

Herr Roland-Gerhard Prauser hat mit Schreiben vom 5. Januar 2024 bekanntgegeben, dass er mit Herrn Steffen Junge eine Fraktion „Freie Gubner“ gegründet hat. Auf Grund dessen hat sich das Mehrheitsverhältnis in der Gemeindevertretung geändert.

§ 49 Abs. 2 Satz 2 BbgKVerf verweist für die Bestellung der Mitglieder auf § 41 BbgKVerf. Damit sind auch die Regelungen des Absatzes 6 unmittelbar für die Neubesetzung des Hauptausschusses anwendbar. Folglich ist die Neubesetzung des Hauptausschusses möglich, wenn

- 1) die Gemeindevertretung dies mit der Mehrheit der gesetzlichen Anzahl ihrer Mitglieder beschließt. Ein solcher Beschluss kann sinnvoll sein, wenn die die Mehrheitsverhältnisse in der Gemeindevertretung auf Grund neuer „Koalitionen“ geändert haben und diese geänderten Mehrheitsverhältnisse sich auch im Hauptausschuss widerspiegeln sollen;
oder
- 2) nach der Wahl sich die Stärkeverhältnisse der Fraktionen so geändert haben, dass dies die Sitzverteilung nach § 41 Abs. 2 BbgKVerf berührt hätte. Eine solche Situation kann eintreten, wenn sich Fraktionen auflösen, neu gebildet oder durch Übertritte von Gemeindevertretern maßgeblich geändert haben. Anders als im ersten Fall hängt die Neubesetzung nicht von einer Entscheidung der Mehrheit ab, sondern auch Minderheiten können in diesem Fall die Neubesetzung erzwingen. (*Muth, Postdamer Kommentar, § 49 BbgKVerf, Rn. 19*)